

PROFESSIONELLE PFLEGE IST SYSTEMRELEVANT

*Eine funktionierende und bezahlbare Pflegeinfrastruktur
ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt*

Die professionelle Pflege älterer Menschen leistet viel für unsere Gesellschaft und für die Funktionsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft. Die Herausforderungen, die unser Bundesland Niedersachsen – insbesondere durch den immer weiter steigenden Bedarf an professionellen Pflegeleistungen bei gleichzeitig altersbedingtem Ausscheiden von Pflegekräften – hat, sind vielfach beschrieben und hinreichend bekannt. Wir, als der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen, möchten gemeinsam mit dem Land Niedersachsen nach Lösungen suchen und auch über andere Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen im Alter nachdenken, um diese Herausforderungen zu meistern. Die Demographie stellt uns gemeinsam vor die Aufgabe, gute professionelle Pflege für alle zu organisieren und dem Arbeitsmarkt wichtige Fachkräfte weiterhin zur Verfügung zu stellen.

1. Wir fordern, dass sich das Land Niedersachsen mit allen Kräften dem Fachkräftemangel im Pflegebereich entgegenstellt, um der bestehenden sowie sich weiter verschärfenden Unterversorgung entgegenzuwirken.

Der Fachkräftemangel im Pflegebereich nimmt weiter zu. Gleichzeitig wird der Bedarf an Pflegeleistungen in Niedersachsen in den nächsten 15 Jahren und darüber hinaus weiter ansteigen. Hinzu kommt, dass bereits im Jahr 2021 über 40% der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten und stationären Pflegeeinrichtungen Niedersachsens über 50 Jahre alt waren. Viele von ihnen werden in den kommenden Jahren nach und nach in den Ruhestand gehen.

Unsere konkreten Lösungsvorschläge:

- Systematischer Ausbau des Anwerbens und der Anerkennung ausländischer Pflegekräfte:**
Ein durch das Land Niedersachsen gesteuerter, schneller und systematischer Aufbau sowie Ausbau des Anwerbens von Pflegekräften aus dem Ausland ist sinnvoll. Zudem muss das Berufsanerkenntnisverfahren von ausländischen Pflegefachkräften weiter beschleunigt werden und eine Arbeitsaufnahme als Pflegefachkraft schon während des Anerkennungsverfahrens möglich sein.
- Stärkung der Willkommenskultur:**
Um ausländische Pflegekräfte im Rahmen der Willkommenskultur bestmöglich im alltäglichen Leben zu unterstützen - Soziale Teilhabe, Behördengänge usw. -, muss das Programm der Integrationslots*innen stark beworben werden. Darüber hinaus soll jede Kommune Niedersachsens auch hauptamtliche Integrationslots*innen beschäftigen und die Ansprechpartner*innen für dieses Angebot jedem Pflegedienst und jeder Pflegeeinrichtung bekannt machen.
- Kontinuierliche Imagekampagnen für diese wichtige und sinnstiftende Tätigkeit:**
Das Land Niedersachsen sollte jedes Jahr eine große Werbekampagne (Instagram, TikTok, Facebook, Plakate im öffentlichen Raum, vor Ort in Schulen, Podcasts und Webinare mit Pfleger*innen, Veröffentlichung von Erfolgsgeschichten in den Medien u.a.) für die generalistische Pflegeausbildung sowie die Ausbildung zu Pflegeassistent*innen durchführen; der Fokus kann dabei auf die Wichtigkeit der Tätigkeit, die sinnstiftende

Komponente dieser Arbeit sowie die mittlerweile flächendeckend gute Vergütung gelegt werden. Grundsätzlich muss in der Öffentlichkeit mehr über die guten und sinnstiftenden Seiten der Pflgetätigkeit gesprochen werden.

- ☐ Vollzeittätigkeit ermöglichen und aktiv unterstützen:**
Alle Hindernisse, die verhindern, dass Teilzeitkräfte ihre wöchentliche Arbeitszeit aufstocken können, wie beispielsweise unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, müssen abgebaut werden. Darüber hinaus sollten in allen niedersächsischen Kommunen regelhafte Betreuungsmöglichkeiten in den Ferienzeiten für Kinder geschaffen werden.
- ☐ Gesundheits- und Pflegelots*innen einsetzen und präventive Hausbesuche etablieren:**
Das Land Niedersachsen muss flächendeckend Gesundheits- und Pflegelots*innen etablieren, die alternde Menschen umfassend und persönlich aufsuchend zu den möglichen Präventions- und Hilfemöglichkeiten des Gesundheits- und Pflegesystems beraten und unterstützen. Präventive Hausbesuche sollten dabei zum Standard werden. Die Umsetzung könnte erfolgen, indem bereits bestehende Beratungsstrukturen, wie beispielsweise die Pflegestützpunkte, durch derartige Angebote bereichert werden.
- ☐ Bürokratische Strukturen für die ambulante Pflege abbauen, pflegende Angehörige durch Auszeitmöglichkeiten entlasten und Tagespflegeangebote aktiv bewerben**
Der Personalmangel im ambulanten Pflegesektor führt dazu, dass immer mehr pflegende Angehörige keine professionelle pflegerische Unterstützung für ihre Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit finden. Daher müssen bürokratische Strukturen im ambulanten Pflegesektor abgebaut werden, denn jeder dadurch gewonnene Freiraum für direkte Pflege und Betreuung ist ein Gewinn. Zudem muss das Land Niedersachsen in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen eine Werbekampagne für die seit der Coronapandemie nicht mehr gut ausgelasteten Tagespflegeeinrichtungen starten, da diese eine wirksame Entlastungsmöglichkeit für pflegende Angehörige bieten. Außerdem sind allen pflegenden Angehörigen umfassend sämtliche Hilfemöglichkeiten, die bereits in Anspruch genommen werden können, transparent, barrierearm und zeitnah bekannt zu machen. Neben dem Abbau von Bürokratie braucht es auch die zügige Digitalisierung und Automatisierung (KI) von dokumentierenden Aufgaben.

2. Wir fordern eine solidarische Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt, und die Förderung der gesamten Investitionskosten vollstationärer Pflegeeinrichtungen.

Die Gehälter von Pflegekräften erreichen flächendeckend ein angemessenes und notwendigerweise weiter steigendes Niveau, das dieser wichtigen und verantwortungsvollen Tätigkeit gerecht wird. Daher steigen auf Grund des Teilleistungscharakters der Pflegeversicherung die Eigenanteile von Pflegebedürftigen. Für Pflegebedürftige, die bis zu zwölf Monate in vollstationären Pflegeeinrichtungen versorgt werden, fallen in Niedersachsen im Durchschnitt rund 2.500 Euro pro Monat an, die aus eigener Tasche aufzubringen sind. Das liegt deutlich über dem durchschnittlichen Einkommen älterer Menschen. Der Anteil der Pflegebedürftigen, die auf Hilfe zur Pflege (SGB XII) angewiesen sind, wird in der Folge immer größer. Die Pflegeversicherung verfehlt daher zunehmend ihr originäres zentrales

Ziel, die Verhinderung von pflegebedingter Sozialhilfeabhängigkeit. Das Risiko, im Falle von Pflegebedürftigkeit von Armut betroffen zu sein, steigt immer weiter. Daher fordern wir eine solidarische Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt – unabhängig davon, ob es sich um stationäre, teilstationäre oder ambulante Pflege handelt.

Doch auch das Land Niedersachsen muss seiner Verantwortung zur notwendigen finanziellen Entlastung von Pflegebedürftigen in vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie zur gleichzeitigen Arbeitsentlastung von Sozialhilfeträgern gerecht werden. Eine über digitale Prozesse abgewickelte, bürokratiearme Förderung der gesamten Investitionskosten vollstationärer Pflegeeinrichtungen würde das Antragsvolumen der Hilfe zur Pflege (SGB XII) reduzieren. Neben der nötigen finanziellen Entlastung der Pflegebedürftigen würden somit auch die wichtigen personellen Ressourcen in Sozialämtern entlastet. Dadurch käme es in Folge zu einer Beschleunigung der Prüfung der noch übrigbleibenden Anträge der Hilfe zur Pflege (SGB XII) sowie zu einer Minimierung von Liquiditätsengpässen der vollstationären Pflegeeinrichtungen. Die Einführung der Förderung würde somit zusätzlich einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Insolvenzen leisten.

Unsere konkreten Lösungsvorschläge:

- ☐ Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung:**
Das Land Niedersachsen muss sich intensiv beim Bund dafür einsetzen, dass eine solidarische Pflegevollversicherung eingeführt wird, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt.
- ☐ Zeitnahe Einführung der vollstationären Investitionskostenförderung:**
Aber auch das Land Niedersachsen muss seiner Verantwortung gerecht werden und zeitnah eine bürokratiearme Förderung der gesamten Investitionskosten von vollstationären Pflegeeinrichtungen einführen.

3. Wir fordern eine umfassende Förderung der Digitalisierung, des Einsatzes von digitalen Assistenzsystemen, KI und Robotik im Bereich der Pflege sowie die zügige intelligente Digitalisierung aller Antrags- und Förderverfahren in Land und Bund.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hat Deutschland im Bereich der Digitalisierung noch Nachholbedarf. Da digitale Automatisierungsprozesse und Assistenzsysteme noch nicht flächendeckend eingeführt sind, werden wertvolle Ressourcen weiterhin gebunden.

Unsere konkreten Lösungsvorschläge:

- ☐ Umsetzungsbeschleunigung der Digitalisierung:**
Die aktuellen Fördermöglichkeiten für die Pflege hinsichtlich der Digitalisierung, des Einsatzes von digitalen Assistenzsystemen, KI und Robotik müssen vom Land Niedersachsen und den Kranken-/Pflegekassen geprüft und ausgebaut sowie übersichtlich auf einer Internetseite des Landes dargestellt werden (inklusive einfacher digitaler Antrags-/Bewilligungsstruktur). Zudem sollte das Land den Verbänden Mitarbeitende refinanzieren, die kleine Pflegeeinrichtungen bei der Einführung digitaler Lösungen unterstützen.

- ☐ **Lernen von unseren europäischen Nachbarn:**
Es sollte eine politische Bereisung, z. B. nach Finnland und Estland, durch politische Entscheidungsträger*innen, Vertreter*innen der Wohlfahrtsverbände, Kostenträgervertreter*innen sowie weitere relevante Personenkreise erfolgen, um vom dortigen Stand der Digitalisierung zu lernen, einen verbindlichen Projektplan zur Digitalisierung abzuleiten und dessen Umsetzung in Niedersachsen zu starten.
- ☐ **Intelligente Digitalisierungsprozesse zum Bürokratieabbau nutzen:**
Da Antrags- und Förderverfahren im Land Niedersachsen sowie im Bund weiterhin wertvolle personelle Ressourcen binden, sollte das Land Niedersachsen und der Bund jegliche Möglichkeiten – wie Vorgangsprüfung durch KI, digital automatisch generierte Bescheide usw. – ausschöpfen, um die Antrags- und Förderverfahren zu vereinfachen sowie zu beschleunigen.
- ☐ **Digitale Prozesse bei Gesetzesvorhaben zur Umsetzungserleichterung mitdenken:**
Da die vielfältigen Gesetzesänderungen, Verordnungen und Richtlinien in der Pflege in den letzten Jahren bereits massiv den Arbeits-/Umsetzungsaufwand von Pflegeeinrichtungen erhöht haben, sollte das Land Niedersachsen und der Bund bei jeglichen zukünftigen Gesetzesvorhaben sofort einen schnellen digitalen Abwicklungsprozess skizzieren. Der Umsetzungsaufwand in der Praxis muss gering ausfallen.
- ☐ **Umsetzung des Onlinezugangsgesetz beschleunigen:**
Damit die Zusammenarbeit zwischen Bürger*innen, Behörden und Pflegeeinrichtungen effizienter wird, sollte die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes schneller vorangetrieben werden.

4. Auf Grund der immer knapperen Zeit- und Lehrkraftressourcen fordern wir, die Absolvierung bezüglich jeder jährlich zu leistender Pflichtfortbildung über reine E-Learning-Video-Formate zuzulassen.

Die jährlich zu absolvierende 24-Stunden-Pflichtfortbildung für Praxisanleiter*innen darf in Niedersachsen neben der Präsenzschulung zwar durch ein Blended-Learning im Rahmen eines virtuellen Klassenraumes unter Anwesenheit einer Lehrkraft durchgeführt werden. Wesentlich flexibler und Personalressourcen schonender wäre jedoch die Variante eines reinen E-Learning-Videoformats.

Unser konkreter Lösungsvorschlag:

- ☐ **Reine E-Learning-Videoformate für die 24-Stunden-Pflichtfortbildung der Praxisanleiter*innen zulassen:**
Das Land Niedersachsen soll die 24-Stunden-Pflichtfortbildung für Praxisanleiter*innen in Niedersachsen in Form reiner E-Learning-Schulungsangebote (also ohne die Pflicht eines virtuellen Klassenraums) ermöglichen.

5. Wir fordern die Unterstützung von Pflegeeinrichtungen bei der sozialökologischen Transformation bzw. Klimaanpassung.

Die Anschaffung von Elektrofahrzeugen ist auf Grund vielfältiger Rahmenbedingungen, wie beispielsweise des Wegfalls der bundesweiten E-Auto-Förderung, aktuell teurer als die Anschaffung vergleichbarer Autos mit Benzin- und Dieselmotoren. Einer der wichtigen Bausteine einer nachhaltigen Klima- und gleichzeitig Gesundheitspolitik, dem notwendigen flächendeckenden Umstieg auf emissionsfreien Kraftfahrzeugverkehr, droht zu scheitern. Darüber hinaus stellen die auf Grund des Klimawandels zunehmenden Extremwetterlagen inklusive starker Hitzeperioden die Pflegeeinrichtungen vor die Herausforderung, umfangreichere Hitzeschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Unsere konkreten Lösungsvorschläge:

☐ Elektromobilität im Bereich der Pflege ausbauen:

Insbesondere ein Flächen-/Autoland wie Niedersachsen sollte vorbildlich ein Zeichen setzen. Wir empfehlen dem Land Niedersachsen daher, durch die Einführung einer Förderung für ambulante Pflegedienste bezüglich der Anschaffung von Elektrofahrzeugen (inklusive der notwendigen Ladeinfrastruktur) das „Sozial-Pflegerische“ mit dem „Gesundheits- und Klimafreundlichem“ zu verbinden.

☐ Refinanzierung der Hitzeschutzmaßnahmen:

Das Land Niedersachsen sollte die auf Grund des Klimawandels notwendigen umfangreicheren Hitzeschutzmaßnahmen durch Landesmittel refinanzieren.

Für weitergehende Informationen oder Fragen sowie für eine gemeinsame lösungsorientierte Zusammenarbeit stehen wir Ihnen als Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen gern zur Seite.